

nennten sich zwei
lich das Auto
fahrer erlitt da
in abgenommen
ete sich in der
Auto, das aus
der Stetnitz aus
dem Tempo,
an zu summern,
seinen schweren

I.
ber 1928.
150 Dosen, 284
5 Schafe, 2855
von Fleischern
530 Schweine,
R.W.:
1. RL —
2. RL 70-78
3. RL 60-69
4. RL 52-59
5. RL 40-51
1. RL 54-60
2. RL 62-68
3. RL 40-50
4. RL 32-39
5. RL 25-31
6. RL —
1. RL 79-80
2. RL 77-78
3. RL 74-76
4. RL 68-73
5. RL —
6. RL —
7. RL 65-72

— Ältere und
25 Dosen, 30
255 Schweine.

des evang.-luth.
abend im Konz.
Büro & Gute, Roach

oziig"

ends 8 Uhr

us

istischen
laden



ngsame
rauen

e ihrer Familie nie nur
e an seine Gesundheit
warm von der nächsten
die Voraussetzungen
geben mit all ihren
wenn der Punkt die
schätzen Sie das Glück
ist-Caramellen!

ist-Caramellen!
schnell
Heisigkeit, Kastanien
ungen der Atmung

Dose 50 Pfg.

nehmen Sie

iser's
Caramellen
3 Tannen



aben bei:
berg, Drogerie
Wendler
sichtbar.

ungen, die
Nah und
ehr erfreul.
n, die uns
u. Frau

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Dörsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöthen, Siedlnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Bezugspreis monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbe Seite 20 Pf., amliche 50 Pf., Reklameblatt (Sgl.) 50 Pf. Tabell. Sgl. 50% Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen Anzeigen durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Strukturen nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günt & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 138

Donnerstag, den 15. November 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Landkrankenfasse Naunhof.

Sonntag, den 25. November 1928, nachmittags 3 Uhr soll im Ratskeller zu Naunhof eine Ausschüttung stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und die Herren Mitglieder des Vorstandes eingeladen werden.

Tagesordnung.

1. Wahl des Rechnungsausschusses. 2. Festlegung des Voranschlages für 1929. 3. Abstimmung des 8. Nachtrages zur Dienstordnung.

Naunhof, am 14. November 1928.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Freitag, den 16. Nov. 1928, vorm. 10 Uhr soll in Naunhof ein Geldschatz meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden. Bieter sammeln im Restaurant „Gombrinus“.

Grimma, am 15. November 1928.

Qu. I 2980/28.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 16. 18. Mon., mittag 12 Uhr soll in Erdmannshain im Gasthof dofelbit ein Formularschrank in Eiche meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 15. November 1928.

R. V. 1624/28.

Vollstreckungsstelle des Finanzamtes.

Das Volksbegehren des Stahlhelms.

Zwei Forderungen.

Der Stahlhelm hält in Magdeburg bei der zehnten Wiederkehr seines Gründungstages eine Versammlung ab. In einer programmatischen Rede gab der Bundesführer des Stahlhelms die Forderungen bekannt, die in dem demnächst einzuleitenden Volksbegehren des Bundes gestellt werden. Sie werden in nachstehenden Sätzen formuliert:

1. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, der lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss sein Vertrauen entzieht.“ wird aufgehoben.

2. Der Artikel 37 der Reichsverfassung betreffend Immunität der Abgeordneten erhält als Absatz 4 folgenden Zusatz: „Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn es sich um Landesverrat oder um andere Straftaten handelt, die nach dem bestehenden Recht als Verbrechen mit Strafe bedroht sind, oder bei denen die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig ist.“

Der Stahlhelm will sich auf diese beiden Punkte zunächst beschränken, später aber mit weiteren Wünschen an die Öffentlichkeit treten, so vor allem mit demjenigen eines Oberhauses als Ergänzung des Reichstages.

Verhandlungen im Eisenkonflikt.

Wird Arbeitslosenunterstützung gezahlt?

Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes hat in der Frage, ob an die ausgesetzten Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden darf, Stellung genommen. Er hat zwei ablehnende Entscheidungen der Düsseldorfer und Dortmunder Spruchkammern an das Oberverwaltungsamt zur Anerkennung Verhandlung und Entscheidung zurückgewiesen.

Der Senat hat bei seiner Entscheidung vier Rechtsgrundlage aufgestellt und dabei den Begriff der Ausperrung definiert. Er hat hierbei insbesondere festgestellt, daß unter Ausperrung eine Massentilgung bzw. Massentilfassung von Arbeitnehmern zu Kampfzwecken zu verstehen sei, und zwar mit dem ausdrücklich erklärt oder aus den Umständen sich ergebenden Kampfwollen.

Es ist ferner grundsätzlich festgestellt worden, daß es für die Ausperrung an sich unerheblich sei, ob die Ausperrung unter Kartellbruch erfolgt oder nicht, so daß also die Spruchbehörden nicht zu prüfen haben, ob Kartellbruch vorliegt oder nicht.

Das Oberverwaltungsamt in Dortmund bzw. in Düsseldorf wird jetzt in den Sachen selbst unter Beobachtung der vom Spruchsenat aufgestellten Rechtsgrundfasse endgültig zu entscheiden haben.

Die von dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten Berghaus veranlaßten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften am Mittwoch nachmittag haben zu einem Ergebnis, daß eine brauchbare Grundlage für ein gemeinsames Verhandeln werden könnte, bisher nicht geführt. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Kündigungen in der märkischen Eisenindustrie.

Hagen l. West. In der märkischen Eisenindustrie, die der Gruppe Nordwest benachbart ist, hatten die Gewerkschaften den Lohntarif zum 30. November gefündigt. Da Einigungsverhandlungen ergebnislos waren, haben die Arbeitgeber heute die Gefamtildigung der Belegschaften zum 30. November ausgesprochen.

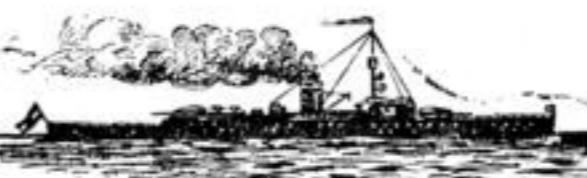
Regierungsfrage in Sicht?

Um den Panzerkreuzer.

Der Reichstag wird sprechen.

Es ist nun entschieden, daß die Auseinandersetzungen um die Frage: „Wird der Panzerkreuzer A weitergebaut oder sind die Arbeiten einzustellen?“ vor der Debatte über die Außenpolitik im Reichstag stattfinden sollen. Nach dem Beschluss des Reichstags soll Donnerstag die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einstellung des Panzerkreuzerbau im Reichstag beginnen. Auch das Kabinett hat sich dieser Disposition ohne Einspruch angeschlossen und überließ es in seiner Mittwochsitzung dem Reichstag die weitere Entscheidung, die nun mehr gefallen ist. Es war von verschiedenen Seiten angezeigt worden, alle Minister sollten im Reichstag bei der Abstimmung über den Kreuzerbau sich der Stimme enthalten, um ein Auseinanderfallen des Kabinetts zu verhindern und damit unter Umständen eine Regierungsfrage herbeizuführen. Auch darüber verhandelte die Ministerzunft, fand aber keine Beschlüsse in dieser Richtung.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichstagspräsidenten zu einer Besprechung über die in den letzten Tagen so preßt gewordene Frage des Kreuzerbau. Der Reichspräsident soll dabei dem Kanzler die Auffassung des Wehrministers Grüner mitgeteilt haben. Dieser sei der Meinung, der Kanzler müsse sich



Wie der Panzerkreuzer A aussehen soll —, wenn er gebaut wird.

der Stimme enthalten, denn wenn der Reichskanzler etwa gegen den Panzerkreuzerbau stimme, wie es der Antrag seiner Partei wolle, so könnte Herr Grüner, der entschlossen an dem Bau festhalte, kaum noch als Mitglied im Kabinett verbleiben. Aber wie gefragt: da sich das Kabinett in dieser Hinsicht eines Beschlusses enthielt, muß man annehmen, daß allen Ministern, also auch dem Reichskanzler persönlich, der Entscheid nach dieser oder jener Richtung überlassen bleibt.

Zugespierte Lage.

Zur Stunde bietet sich noch kein Ausblick in die weitere Entwicklung, obwohl die Stimmen, die von einer unmittelbar bevorstehenden Regierungskrise sprechen, leiser geworden sind. Im allgemeinen wird fast mehr die Meinung ausgesprochen, die Bewilligung und die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages ständigen beworben, da sich anscheinend eine ganze Anzahl der Gegner des Kreuzers in den Mittelparteien entschlossen haben sollen, sich in diesem Augenblick lieber der Stimme zu enthalten, als sich der gesuchten Ablehnung anzuschließen.

Zentrum beschließt.

Die Zentrumsfaktion des Reichstages, die mehrfach über die Situation beriet, soll beabsichtigen, einige Änderungen an dem Neubauprogramm vorzuschlagen, durch welche Bedenken gegen die Brauchbarkeit des Kreuzers Rechnung getragen werde. Der reine Kampfscharakter des Schiffes soll mehr in den Hintergrund treten und dafür die Auflösung und ähnlichen Verwendungszwecke mehr betont werden. Im Zentrum stehen bekanntlich Gegner des Kreuzerbau und ihnen soll so die Möglichkeit eröffnet werden, an ihrem Teile zu einer Vermeidung der drohenden Krise beizutragen.

Endgültige Weisungen sind aber noch nicht ausgegeben und ebenso in der Zentrumsfaktion sind weiteren Verhandlungen in der sozialdemokratischen Fraktion und bei den Deutschen Nationalen statt, in denen man endgültig das Verhalten der Abgeordneten für die bevorstehende große Auseinandersetzung untersuchen will. Man nimmt an, daß die Debatte sich über zwei Tage erstrecken wird und Freitag mit der Abstimmung abschließen.

Gerüchte.

Selbst die gewieitesten Kenner parlamentarischen Gesetzes sind ratlos: so etwas von völliger Unbeschreiblichkeit der Situation ist lange nicht dagekommen. Grund: die Panzerkreuzerfrage. zunächst das Hin und Her, ob der sozialdemokratische Antrag, der die Einstellung des Panzerkreuzerbau verlangt, noch in dieser Woche behandelt werden soll oder erst die außenpolitische Debatte stattfindet. Heute heißt es so, morgen anders. Nun soll doch erst über den Panzerkreuzerantrag verhandelt werden, weil es den Anschein hat, als werde sich in dieser Frage möglicherweise eine Regierungskrise herausbilden. Heute wird gesagt, die vier sozialdemokratischen Minister, die im Kabinett nicht gegen den Panzerkreuzerbau waren, würden sich als Abgeordnete der Stimme enthalten, weil der Reichswehrminister Grüner erklärt hätte, er würde

zurücktreten, wenn seine Ministerkollegen sich jetzt gegen den Panzerkreuzerbau einsetzen würden; dann heißt es wieder, daß jene vier Minister genau so wie ihre Fraktion den Weiterbau des Panzerkreuzers ablehnen, die Gefahr einer Krise also auf sich nehmen würden.

Reichswehrminister Grüner war beim Reichspräsidenten zum Vortrag; auch der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die politisch-parlamentarische Situation gehalten, dabei Mitteilung davon gemacht, daß Reichswehrminister Grüner zurücktreten würde, wenn etwa der Reichstag, angeblich aber auch dann, wenn seine Ministerkollegen als Abgeordnete gegen den Weiterführung des Panzerkreuzerbau stimmen würden. Zahllose Gerüchte unkontrollierbarster Art schossen natürlich üppig ins Kraut. Einmal hielt es: der Reichspräsident habe erklärt, er fühle sich in der Panzerkreuzerfrage „un interessiert“, dann wieder flüsterten sich die angeblich Allwissenden zu, gerade das Gegenteil sei der Fall. Hindenburg sei sich mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit für den militärisch notwendigen Weiterbau des Panzerkreuzers ein und es sei gar nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Konflikt mit dem Reichspräsidenten kommen würde, wenn der Reichstag bzw. ein größerer Teil der Reichsminister sich gegen den Weiterbau entscheiden würde. Noch mehr der Gerüchte und Vermutungen: wenn die Parteien, die im früheren Reichstag für den Bau stimmten, jetzt geschlossen das gleiche tun, so ergibt dies im heutigen Reichstag nur eine geringe Mehrheit. Aber schon jetzt weiß man, daß das Zentrum nicht mehr so unbedingt für den Bau eintreten wie früher und die Deutschen Nationalen, die damals auch Regierungspartei waren, sind jetzt Opposition! Man raut einander zu, daß diese Partei vielleicht ein parlamentarisches Mandat veranstalten will, das unbedingt zu einer Regierungskrise führen müsse, nämlich dadurch, daß sich ein Teil der Deutschen Nationalen Abgeordneten der Abstimmung fernhält und dann eine genügende Mehrheit für den Weiterbau nicht vorhanden ist. Denn daß die Regierungskrise ausbricht, wenn der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbau angenommen wird, daran zweifelt niemand. Und wobin sich eine solche Krise auswachsen würde, läßt sich noch gar nicht übersehen, obwohl es natürlich übertrieben erscheint, wenn man schon von einer — Reichstagssauflagung spricht, weil der Reichspräsident eine solche Stellungnahme der heutigen Volksvertretung als untragbar betrachtet.

Womöglich noch komplizierter wird die ganze politisch-parlamentarische Lage dadurch, daß nach Genehmigung der ersten Rote für den Panzerkreuzerbau die Marineleitung über die Vergabe des Gesamtobjekts verhandelt und größere Verhandlungen aufgegeben hat, wozu sie der Reichshaushaltssordnung gemäß die Zustimmung benötigt. Allerdings ist bisher nicht mehr geahnt worden, als der Reichstag für die erste Rote bewilligt bat, — aber durch diese Maßnahme des Reichswehrministeriums wird es noch selbstverständlich, daß Grüner die Ablehnung des Weiterbaus mit der Niederlegung seines Ministerpostes beantworten wird. Unrichtig ist es übrigens, daß der Reichspräsident irgendwie in direkte Verbindung mit den Parteien selbst getreten ist, um die Lage zu entwirren; so hat er auch nicht etwa, wie behauptet wird, den Deutschen Nationalen zu verstehen gegeben, er mißbillige das angeblich von ihnen beabsichtigte parlamentarische Mandat, mit dem sie die Regierungskrise herbeizuführen wünschten. Solche Gerüchte, die im Reichstag in solchen Situationen oft genug auftauchen, dienen ja immer bestimmten taktischen Partizipen und pflegen sich infolgedessen sehr rasch in ein Nichts aufzulösen. Aber mehr als ein „vielleicht“ kann man heute nicht sagen, weil die vollzogene Entscheidung erst Gewißheit bringen kann.

Die Wehrführung der Reparationsfrage.

Die geplante Schuldenkonferenz.

In Paris ist der deutsche Botschafter von Hoesch durch den Außenminister Briand empfangen worden und Ministerpräsident Pollicard wird ebenfalls Unterredungen mit Herrn von Hoesch haben. Gegenstand der Besprechungen bei den Zusammenkünften sind die Verhandlungen über die Einführung des Sachverständigenausschusses zwecks Regelung der Reparationsfrage, die durch die französische Ministratskriege unterbrochen wurden.

Das Blatt „Matin“ nennt als französische Vertreter in dem Sachverständigenausschuß den Gouverneur des Bank von Frankreich, Moreau, und als wahrscheinliche weitere Vertreter Parmentier und Sargent, die bereits an der Ausarbeitung des Dawes-Plans teilgenommen haben. Nach dem offiziellen „Petit Parisien“ wird die deutsche Regierung in etwa vier bis fünf Tagen über die Bedingungen unterrichtet werden, unter denen Paris, London, Rom und Brüssel sich die Entwicklung der Verhandlungen über die Einführung des Reparationsproblems und die Feststellung der deutschen Schuld vorstellen.

Was den Verhandlungsort der Konferenz anbelangt, so kommt im „Petit Parisien“ die Auffassung zum Aus-

erlegung aller
erklären. So
Grundsatz des
Es gibt aber
in Welt ange-
ste der Völker
man sie lebt,
Mittel zur
die Welt das
dann die Völker
solle, so wird
ichtbarkeit ist
s; sie kann
ihr nicht der
orten: „Nach
er Vereinigten
Seitlich, durch
durch seier-
möglichste zu

welt in einer
Reichsinnen-
gehaltene Rede
gewesen sei
zuhälts weit
t habe. Der
ern die soziale
der bekannten
partei als Fort-
der Weimarer
richtierung
Änderung der
sozialen Repu-
bunkfunk unter
schen Partei-
auschuss des
undfunkpläne
rauschus die
ziehen.

te

r Seiden-
r rheinischen
tarifverträge
und zwar die
Bestimmungen
des. Von der
jenen.

beamten.
ter und jehige
sprechend, weil
gungsgebühren
brang in das
n einen an der
e die Fenster-
at telephonisch
dem Minister-
oß zu anderem
würde. Troch
leicht Schwar-
begab sich ins
dolchartigen
Mark.“

, seine Wild-
e man sie ja
reicheln, hät-
nach aus, die
e, als ob sie
ünnte.
von ihm den
spelst und
remserpartie.
it sand er es
die Seite zu
lichkeit eine
t bloß mal,
sie sich nicht
höflich und
ander, daß
aber die Ge-
ob es direkt.

retierte in
n, lässenden
stem Galopp
seine Kurven
i, wohin die
Wagen blieb
baum hän-
sen aber das
Zügeln ver-
fer, während
ein nasses

gegen den
Zeit, bewußt-
als ob eine
den nach, fiel
hördiges An-
neue Beziehung
us der Um-

zog er Pferde-
schock. Außer
wie er schnell-
nun holte er
t bisher ver-
ste, ihr leutes

bringt alles

du jetzt noch

du? Aber

sich nicht wie

erlobung auf

Denkvorläufig

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 15. November 1928.

Blatt für den 16. November.

Sonnenaufgang	7°	Mondaufgang	11°
Sonnenuntergang	16°	Mondaufgang	19°

1632: Tod Gustav Adolph von Schweren. — 1869: Der Geschichtsforscher Hermann Osten geb.

Gesundheit ist Lebensglück.

An der Erhaltung und Kräftigung der Volksgesundheit sind in gleicher Weise Staat und Volk, Stadt und Land, Arzt und Krankenpfleger, Schule und Haus, Arbeitgeber und Arbeitnehmer interessiert. Bestrebungen zur Hebung der Volksgesundheit können aber nur dann ihr Ziel erreichen, wenn die hygienische Volksbelehrung wirklich in alle Kreise des deutschen Volkes Einzug hält und wenn ihre Lehren von jedem weitgehend beachtet werden.

Vor mehr als zwei Jahren ist zu diesem Zweck von den zuständigen Stellen die Reichsgesundheitswoche veranstaltet worden, die zum erstenmal die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf die Fragen und die Bedeutung von Gesundheitslehre und Gesundheitspflege hingelenkt hat. Seither ist von berufener Seite alles versucht worden, um diese Bewegung in Gang zu halten.

Dem gleichen Zweck dient die große öffentliche Tagung des Preußischen Landesausschusses für hygienische Volksbelehrung, die am 29. November 1928 im preußischen Wohlfahtsministerium abgehalten werden wird. Diese Veranstaltung ist aber nicht nur für die Bewohner Preußens, sondern für alle Deutschen wichtig. Der preußische Wohlfahtsminister Dr. Hirschfeld wird über „Die Bedeutung der hygienischen Volksbelehrung für die Volksgesundheit“, der preußische Kultusminister Dr. Becker über „Die Schule im Dienste der hygienischen Volksbelehrung“ und Min.-Dir. Dr. Krothe über „Ziel und Zweck der hygienischen Volksbelehrung“ sprechen. Da im Anschluß daran auch eine Reihe her vortragender Vertreter von verschiedenen direkt oder indirekt an der Verbreitung hygienischer Volksbelehrung interessierten Organisationen sprechen werden, dürfte die Tagung einen maßvollen Appell an das deutsche Volk darstellen, gezeigt, jedermann von der Richtigkeit des Gages zu überzeugen: „Gesundheit ist Lebensglück“

Bon der Apotheke.

Von Apotheker Karl Plümehnthal, Leipzig.

Als ich als kleiner Junge anfing, zur Schule zu gehen, brachte man mir bei, daß ich in der Kirche, in der Schule und in der Apotheke die Mütze abzunehmen hätte. Man wollte mir gewiß dadurch zu verstehen geben, daß die Apotheke, die man da mit Einrichtungen besetzter Autorität auf gleiche Stufe stelle, etwas Besonderes, etwas Eigenartiges sei, und in der Tat lählt sich das Wesen der Apotheke mit keinem bestehenden Gewerbebetriebe, sei es laufmännischem oder akademischem, vergleichen. In der Praxis findet man, daß so verschiedene und merkwürdige Auffassungen über den Apothekenbetrieb bei der Bevölkerung herrschen, doch es steht lohnend, in großen Zügen die Offenlichkeit über die Eigenart eines „Geschäfts“ aufzuführen.

Die deutsche Apotheke ist ein Betrieb, der hauptsächlich die Aufgabe hat, die Bevölkerung mit einwandfreien Arzneimitteln zu versorgen. Um dem Laien, der die Güte der gekauften, berechneten oder selbst gewählten Arzneimitteln nicht immer beurteilen kann, die beste Qualität zu gewährleisten, hat der Staat im Interesse der Volksgesundheit sehr viele Gesetze und Bestimmungen erlassen, die den Apothekenbetrieb regeln. Der Staat residiert durch seine Organe, beamtete Ärzte und Apotheker, ihre Durchführung.

Zunächst erhält nur ein approbiertes Apotheker die Erlaubnis (Konzeßion) zur Leitung einer Apotheke. Die Reiseprüfung einer höheren Behörde, eine jahrelange praktische Apothekenfertigkeit, ein mindestens viersemestriges Studium an einer Universität oder Hochschule in Chemie, Physik, Botanik, Pharyngologie, Bakteriologie usw., die Ablegung zweier g. Z. langwieriger Praktiken und eine nochmalige praktische Tätigkeit beobachtet erst den Pharmazeuten zur Erlangung der Approbation als Apotheker und zur verantwortlichen Ausübung seines anstrengenden Berufes. Aber nicht jeder approbierte Apotheker, der beim Verband deutscher Apotheker als Mitglied angehört, und der wie Arzt, Richter u. a. Akademiker ist, kann sich beliebig eine Apotheke errichten. Um den Apotheker frei von Konkurrenzlosigkeit zu machen, durch die die Güte der verabfolgten Arzneien leiden könnte, darf nur dort eine Apotheke errichtet werden, wo die Zusammensetzung der Bevölkerung oder der Berufe die Existenzmöglichkeit gewährleistet, ohne die bestehenden Apotheken empfindlich zu schädigen. Auf dem Wege der Ausbildung erhält dann der dienstälteste Bewerber die Erlaubnis zur Errichtung der neuen Apotheke. So kommt es, daß die Apotheker oft sehr alt werden, ehe sie zur Selbständigkeit gelangen. Alle Angestellten sind für den bestehenden Kollegen durchaus gleichwertig; die noch oft angewandten Bezeichnungen „Provisor“ und „Gehilfe“ sind veraltet und unangebracht.

Die Preise für Arzneien müssen nach der amtlichen, für das ganze Deutsche Reich geltenden Arzneilage berechnet werden, die die Regierung unter Mitwirkung der Krankenanstalten und der pharmazeutischen Industrie herausgibt. Die Tage soll dem Apothekenbetrieb und seinen gleichwertigen Angestellten ein entsprechendes Einkommen sichern, nicht nur durch einen Außen- an den verkaufen Waren. Sie will ihm auch ein Äquivalent für die auf ihm lastende ungeheure Verantwortung bieten, ferner die Kosten seiner langwierigen und kostspieligen Vorbildung be rücksichtigen und die Speisen bedenken, die durch Apparatebeschaffung, Verarbeitung der Arzneien und durch unmittelbar gemordete Ladenhüter (Salons-Küllerlauf) kann doch die Apotheke nicht machen! Wer kann sich auch vorstellen, wieviel Vorräte, Aufmachtmittel, Handgriffe und Material die Anfertigung einer kleinen Schachtel Pillen oder Säppchen verursacht?

Dort Arzneilage ist der Apotheker ferner berechtigt, für Praxispräzession in der Zeit von 8 (20) Uhr abends bis 8 Uhr morgens 1 RM. Aufzehrung zu berechnen. Man vergessen möglicher, welche Freizeitbeschränkung der Nachbuden besonders für den angestellten Apotheker, der am Tage wieder seinen aufreibenden Dienst versehen muß, bedeutet! Man bedenke ferner, welche gesetzliche Verzüglichkeit für die Allgemeinheit in der Gemüthslage liegt, daß nachts, wenn alle anderen ruhen, der Apotheker für einen so geringen Betrag bereit ist, des Leidenden Schmerzen zu lindern! Apotheken, die keinen Nachdienst versehen, bezeichnen durch Ausdrücken einer Kassel die nächste diensttuende Apotheke.

Wie jeder Geschäftsmann hat auch der Apotheker den Wunsch, recht viel zu verdienen. Wenn er daher die Abgabe mancher Arzneimittel ohne entsprechende ärztliche Verordnung ablehnt, so tut er es gewiß schweren Herzens und nicht aus Scham. Die Gesetze, die berichtigend bestimmen, sind nur zum Vorteil der Kranken erlassen, und man möge daher dem Apotheker durch den Besuch der Verleitung zur unerlaubten Abgabe die Erfüllung seiner Pflichten nicht noch schwerer. Eine viel größere Unfälle ist es auch, den Apotheker zur bestürzten Anfertigung der Arznei zu drängen. Ein eiligen Fällen wird der Arzt die Dringlichkeit durch entsprechenden Vermerk anzeigen. Sonst lasse man im eigentlichen Interesse dem Apotheker Zeit, denn er ist auch nur ein Mensch und kann sich in der Hoffnung auch einmal irren, was durchaus nicht immer zum Vorteil des Patienten sein soll.

Die „Glückspostkarte“ — Neue Wohlfahtsbriefmarken. Bei allen Postämtern, Wohlfahtsbämiern und Vereinen der freien Wohlfahtspflege hat der Verkauf der neuen Wohlfahtsbriefmarken für die Deutsche Rotkreuz im Frankierungswert von 5, 8, 15, 25 und 50 Pfennig be-

gonnen. Die neuen Marken können bis zum 30. April 1929 zur Frankierung sämtlicher Postsendungen im Inland und nach dem Auslande verwendet werden. Gleichzeitig gibt das Reichspostministerium eine mehrfarbige Wohlfahtsbriefmarken mit eingedruckter 8-Pfennig-Marke heraus, die als „Glückspostkarte“ für die Übermittlung von Glückwünschen geeignet ist. Die Erträge der Wohlfahtsbriefmarken und Glückspostkarten dienen zur ergänzenden Fürsorge für alle notleidende Bevölkerungskreise im ganzen Reichsgebiet. Seit 1924 sind in Deutschland durch Wohlfahtsbriefmarken rund fünf Millionen Mark für die Wohlfahtspflege ausgebracht worden.

Erläuterte Kartoffeln.

Nicht immer ist es möglich, die Kartoffeln in vorschätztemmaß eingebauten Kellern unterzubringen, so daß man leicht erleben kann, daß die Kartoffeln sich „erklären“. Die Erklärung äußert sich in einem fühligen Geschmac der Kartoffeln, der sich unangenehm steigern kann, daß der erstickte Kartoffelknoten unbrauchbar für die menschliche Ernährung wird.

Die Kartoffel muß, auch nochdem sie von der eigentlichen Pflanze getrennt ist, weiter leben. Das Leben besteht in der Atmung, die eine langsame Verbrennung der löslichen Kohlehydrate ist; die Atmung besteht darin, daß immer nur ein kleiner Teil der Kohlehydrate in Zucker umgesetzt wird. Wenn niedrige Temperaturen auf die Kartoffeln wirken, so wird die Umsetzung des Kohlehydrates in Zucker beschleunigt, und bei weiter sinkender Temperatur bleibt Zucker in der Kartoffel zurück.

Bei die Verlösung der Kartoffel einmal eingetreten, so bringt man die Kartoffel mehrere Tage vor dem Verbrauch in Zimmer-temperatur. Die erhöhte Temperatur beschleunigt den Atmungsprozeß, wodurch der Zuckerüberschuß wieder mitverbraucht wird.

Die Weihe der Fuchsbaier Kirche vor 25 Jahren.

Es war ein großes Fest, das am 8. November 1903 in Fuchsbaie stattfand, als die neuerrichtete Kirche geweiht wurde. Die kleine Gemeinde hatte nun wieder ein schmiedes Gotteshaus, das von Herrn Architekt Lange-Leipzig entworfen und von Herrn Baumeister M. Lehmann-Raunhof errichtet worden war. Der Neubau bestand aus zwei zu einem harmonischen Ganzen vereinigten Teilen, zwischen deren Entstehung ein Zeitraum von 400 Jahren liegt. Das schöne östliche Kreuzgewölbe wurde im Jahre 1521 vom Bischof Adolf von Merseburg unter Aufsicht vieler Kleister zum ersten Male geweiht; der Verehrung der Mutter Maria und deren Mutter, der heiligen Anna, sollte das Haus dienen. Damals eine Weihe mit allem Prunk der römischen Kirche, im Weihrauchnebel zur Verehrung der Heiligen, vor 25 Jahren aber eine Kirchweihe im hellen Lichte des reinen Evangeliums.

Vormittags 10 Uhr saß sich der große Festzug unter dem Baldachin der Glocken und dem Altarbild der Thelflischen Marienkapelle aus Raunhof vom Müllerschen Gut aus in Bewegung. Amtshauptmann Günther aus Grimma und Oberkonsistorialrat Professor Lotius aus Dresden waren neben anderen Persönlichkeiten im Festzug zu sehen. Auch der Gefangenverein und eine Abordnung der Schülern nahmen daran teil. Nach Übergabe des Schlüssels an den Ortsfarrer Herrn Seifert, vollzog Superintendent Albert die Weihe. Orgelspiel und Männergesang schmückten die Kirchweihe auf Schönste aus. Um die Mittagszeit sammelten dann die Teilnehmer im Gasthof zu einer kleinen Nachfeier.

Ein Bierfestjahrhundert ist nun schon seit dieser Kirchweihe verflossen. Das hochgelegene Gotteshaus hat so manches — ja neue Menschen kommen und altenwurde gehen. Stets war es aber eine Stätte fleißiger Verehrung dessen, für den es erbaut wurde. Möge das forthin so bleiben!

Raunhof. Unser Gesellenverein „Wanderlust“, in dem alle hiesigen Gesellen vereint sind, feiert am kommenden Sonnabend im Kastellerhaal sein 28. Gründungsfest. An diesem Abend kommt ein Theaterstück zur Aufführung, das sich „Der Marschwöhner“ betitelt. Im übrigen wird der Verein seine Gäste mit Ball und einigen Überraschungen bestens unterhalten, sodoch wohl auch dieses Gründungsfest den Hören einen tiefen Einblick in das große Arbeitsfeld des Verbandes sowie über die aktuellsten Lebensfragen von Handwerk, Handel und Gewerbe. Dem mit besonderem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine interessante Aussprache über das Reichsbewertrungsgefecht. Es wurden die Fragen der Einheitsbewertung und der Preisliste in Bezug auf Grund- und Betriebsvermögen durchgesprochen und einige Zweifelsfälle geklärt. Mehrere Gewerbetreibende erklärten ihren Beitritt zum Verband.

Borsdorf. Bei der diesmaligen Geflügelausstellung waren 94 Aussteller mit 600 Tieren vertreten gegen 73 Aussteller mit 413 Tieren im Jahre 1926.

Barzen. (Aufwertung.) Voraussichtlich kann die Sparkasse die Einlagen mit 21% oder 23 Prozent ab 1932 aufwerten.

Barzen. (In Haft genommen) wurde ein etwa 60jähriger Schuhmacher vorbestrafter Mann, der sich an einem achtjährigen Schulmädchen unsittlich vergangen hatte. — Rechtzeitig bemerkte wurde das Beginnen eines im Wurzener Amtsgericht indizierten Gefangen, der sich daran gemacht hatte, ein Loch durch die Decke zu bohren, um zu entfliehen.

Ritschka & Barzen. (Verhängt) hat sich der 23 Jahre alte Arbeiter Eilenberger. Derselbe hatte vorigen Sonntag auf dem Nachhauseweg von der Kirmes mit drei jungen Männern eine Schlägerei, wobei er im Gesicht erhebliche Verletzungen davontrug. Vielleicht hängt der Selbstmord mit dieser Schlägerei zusammen.

Trebnitz a. Mulde. Der Geflügelzüchterverein veranstaltet am 25.—26. November im städtischen Gasthof zum Schwan seine erste Allgemeine Geflügelausstellung, zu der schon eine ganze Anzahl Meldungen eingegangen sind. Weitere Meldungen sind bis zum 17. November beim Bürgermeister Kunath anzubringen. Mit der Ausstellung wird eine Verlosung verbunden.

Nohheim. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag nachmittag in einer bieghen Spielwarenfabrik. Dort geriet der 24jährige Arbeiter Wiedanz unter eine Stange, die ihm an der rechten Hand die oberen Gelenke von drei Fingern abknickte und den Mittelfinger spaltete. Der Verunglückte, der aus Gleisberg (Burgmühle) stammt, wurde in das Krankenhaus Nossen übergebracht.

Gerickevalde. (Zu einer blutigen Schlägerei) kam es in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Hohhausen. Ein junger Mann befand sich mit seiner Braut auf dem Nachhauseweg nach Altgerickevalde und wurde in Hohhausen von zwei Jungen aus Mittweida, namens Sonntag und Lutzschek, ohne jede Veranlassung angepöbelt. Da er sich das verbot, erhielt er auf einmal wichtige Schläge auf den Kopf, die zu starken blutigen Wunden führten, sodaß er heute noch bettlägerig ist. Herr Bürgermeister Breitmann gelang es mit Hilfe hinzugekommenen Einwohner, die beiden Rauhies festzunehmen und ihre Namen festzustellen. Es ist gegen dieselben Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt, und sehen sie ihrer Bestrafung entgegen.

Niebla. (Der neue Sprengstoff) eines Herrn Carl Wolf, Niebla, wurde dieser Tag von der Polizei A.-G. in Schleibach bei Köln geprüft. In Gegenwart des chemischen Leiters der Werke und vier weiteren Fachleute führte Wolf seine Erfindung vor, die eingehend nachgeprüft wurde. Nach den Angaben dieser Fachwissenschaftler handelt es sich, wie bereits behauptet, um einen vollständig neuen Sprengstoff. Die Versuche verließen zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. Es wurde bei diesen Versuchen einwandfrei ermittelt, daß der neue Sprengstoff Schwarzpulver voll und ganz ersetzt. Wie von zuvor beschilderter Seite verkündet, schreben zwischen Wolf und der Polizei A.-G. bereits Verhandlungen über die praktische Verwertung der Erfindung.

Eibenstock. (In der Fremdenlegion gestorben.) Der im August in die Fremdenlegion entlohnene Oberprimaire Härtwig in Eibenstock ist nach einer privaten Meldung in Algier gestorben.

Waldburg. (Neue Kunden im Gastgewölbe der Bartholomäuskirche.) Bei den Umbauarbeiten in der Bartholomäuskirche

der Behörde gegenüber einer Person, die ohne Aufforderung eines Polizeibeamten diesem gegenüber einem Dritten befehlt und dabei Schaden erleidet, besteht nicht. — Wir glauben, daß diese Auskunft auch bei unseren besten Interessen befindet wird.

† Ausgesperrte Schwerriegelsbeschädigte und Zugangrentenabschaltung! Für die vor der Massenaussperrung im Ruhrgebiet betroffenen Schwerriegelsbeschädigten besteht, wie uns vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener mitgeteilt wird, nach den Ausführungsbestimmungen über die Zahlung der Zusatzeinzelneinheiten ein Zweifel, doch für die Dauer der Aussperrung die Zusatzeinzelneinheiten zahlbar zu machen ist, wenn die beteiligten Schwerriegelsbeschädigten den Fürsorgestellen gegenüber grundsätzlich ihre Arbeitsfähigkeit bekennen. Die Zweifelsfrage, ob die von den Gewerkschaften an die organisierten Arbeiter gezahlten Unterstützungen, soweit sie Schwerriegelsbeschädigte angehen, als Streikgelder angesehen und demgemäß auf die Zugangrente angerechnet werden, ist auf Initiative des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter vom Herrn Reichsarbeitsminister dahin beantwortet worden, daß diese Unterstützungen nicht als Streikgelder zu betrachten sind. Demgemäß ist eine Anrechnung auf die Zusatzeinzelneinheiten unzulässig. (In Anbetracht dessen, daß diese Frage allgemein interessiert, haben wir Vorstehendes veröffentlicht.)

† Hindenburg-Goldstücke. Die Staatsliche Münze Berlin prägt zu Ehren unseres Herrn Reichspräsidenten anlässlich seines 81. Geburtstages erstmals eine Angelo Hindenburg-Goldstücke in der Größe der früheren Avangard- und Zehnmarkstücke aus. Diese eröffnungslosen hochglanzpolierten Jubiläumsgoldstücke sind zum offiziellen Preise von RM. 25.— bzw. RM. 15.— durch die Ausgabestelle der Hindenburg-Goldstücke, München, Reitmosstrasse 26 — Postleitzahl 16309 — portofrei zu beziehen und gelangen nach Voreinsendung des Betrages bezw. gegen Nachnahme zum Ver- land.

† Münzprägungen in Sachsen. Wie aus Dresden gemeldet wird, sind im Oktober in der sächsischen Münze in Muldenhütten für 700 000 RM. Fünfmarkstücke geprägt worden.

† „Die See“, das Monatsschrift des Deutschen See-Vereins (früher Deutscher Flotten-Verein), Berlin, Rathausstr. 13, bringt in ihrem November-Hef

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof.

Nummer 138

Donnerstag, den 15. November 1928

39. Jahrgang

Schwierige Lage im Reichstag.

(12. Sitzung.) CB. Berlin, 13. November.

Das Haus lehnte die Aussprache über die Interpellationen zur Aussperrung in Westdeutschland ab. Abg. Brandes (Soz.) erklärte, der Reichstag habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zum Einschreiten. Der Schiedsspruch habe bei weitem nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Die Sozialdemokratie lehne die Zentrumskomitee ab. Wenn die Unternehmenschaft den Kampf fortführe, würde eine Suspension der Eisenwerke zu erwarten sein. Auch die Verhandlungen über eine Enteignung der Betriebe erfolgen könne.

Abg. von Lindheimer-Bilbau (Dm.) meinte, daß der bisherige Verlauf der Aussprache der großen und lebenswichtigen Bedeutung des Kampfes nicht voll entspräche. Gerade die Eisenindustrie habe unter den Folgen des verfehlten Vertrages am aller schwersten zu leiden. Der Redner betonte, daß er das Streben der Arbeitnehmerorganisation nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen als eine berechtigte und selbstverständliche Erfüllung ihrer Pflichten ansah.

Reichsarbeitsminister Wissell

antwortete auf eine Frage des Vorredners, daß ihm und dem Wirtschaftsminister am 5. Oktober die Industriellen Material unterbreitet hätten, das die schwere Lage ihrer Industrie illustriert habe. Das Material hätte er entgegengenommen und sich bereit erklärt, weiteres Material zu prüfen. Für ihn hätte sich daraus ergeben, daß der Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Eine Beeinflussung des Arbeitsgerichts hätte ihm dabei vollständig ferngelegen.

Abgeordneter Dr. Waldenhauer (D. Wp.) meinte, die Wurzel des gegenwärtigen Konflikts liege darin, daß das System zu Brüche gegangen sei, an Stelle von Tarifvereinbarungen amtliche Lohnfestlegungen zu setzen.

Abg. Colosse (Wirtschaftspartei) meinte, man könne die notwendige Verbesserung der Arbeiterschaft nicht durch schematische Erhöhung des Nominallohnes erreichen. Vielmehr müßten die öffentlichen Kosten erheblich gesenkt, die Kaufkraft des Lohnes erhöht und damit auch der Lebensstandard der Arbeiter gehoben werden.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) gab zu, daß die Arbeitsbedingungen der Eisenindustrie durch die Kriegsfolgen erheblich verschlechtert worden seien. Aber dafür sei nicht die Lohnhöhe verantwortlich zu machen, sondern neben den Eisenindustrie-Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. In jedem Falle seie die Aussperrung ein schwerer Fehler gewesen.

Abg. Schwarzer (Bayer. Wp.) bedauerte, daß die Staatsmittel nicht ausreichten, um diese Aussperrung unmöglich zu machen. Er meinte, daß trotz der ungünstigen Lage der deutschen Gesamtwirtschaft gerade die Eisenindustrie in der Lage sei, die Lohnverhandlungen zu tragen. Der Aussperrungsbeschluß der Unternehmer bedeute den Redner als eine schwere Verleugnung der Staatsautorität.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Schluß der Aussperrungsdebatte.

Deutscher Reichstag.

(13. Sitzung.) CB. Berlin, 14. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte Abgeordneter Süder (Komm.) an die Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß die Regierung bisher zu den Anträgen auf Auszahlung der Arbeitslohnunterstützung an die Aussperrten noch nicht Gestellung genommen habe, obwohl die Arbeiter schon 14 Tage ausgesperrt seien. Zwischenzeitlich seien wieder zwei Tage vergangen. Er beantragte Herabholung des Reichskanzlers, damit er darüber Auskunft gebe. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Antrockner abgelehnt. Das Haus sah dann die Besprechung der Anträge und Interpellationen über den

westdeutschen Arbeitskampf

fort. Abg. Wagner (Nat.-Soz.) erklärte, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiter unerträglich geworden sei. Die Nationalsozialisten ständen entschieden hinter den Arbeiterforderungen. Weiter begründete der Redner den Antrag, daß Unterstützungen, die von den Gewerkschaften geleistet würden, auf die vom Reich zu zahlende Unterhaltung angerechnet werden sollten. Die dem Reich dadurch entstehenden Ausgaben seien aus dem Haushaltsumbau und einer Sonderbefreiung der Rent- und Börserenten zu decken.

Abg. Dobrich (Christl. Bauernpartei) erkannte die Notwendigkeit eines staatlichen Schlichtungswesens an, wünschte aber eine Änderung des jeweiligen Systems.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) meinte, der Deutschnationale Handlungsbund verband hätte im Grundsatz zum deutsch-

nationalen Redner nicht in schärferster Weise gegen die Entlassungen gewandt. Die Großenindustrie hätte keinen Anlaß, über schlechte Zeiten zu klagen.

Abg. Rientimp (Btr.) begründete einen Antrag, es mögen die Schädigungen festgestellt werden, die Handel, Einzelhandel und Landwirtschaft aus der Aussperrung erwarteten sind, und es möge dem durch die Aussperrung geschädigten gewerblichen Mittelstand mit Steuererleichterungen und Rostlandsteuern geholfen werden.

Abg. Ulbricht (Komm.) führte Beschwerde darüber, daß den Ausgesperrten im Ruhrgebiet die Veranstaltung von Straßen-demonstrationen verboten worden sei. Der kommunistische Redner begründete schließlich einen Antrag, der der Reichsregierung das Misstrauen aussprach.

Abg. Wossath (Wirtschaftspartei) stimmte dem Zentrum-Antrage zugunsten des gewerblichen Mittelstandes zu und erweiterte ihn durch einen Schlußantrag, wonach im Ausperrungsgebiet der auf den 15. November fallende Steuerauszahlungstermin für die Gewerbetreibenden sofort aufgehoben werden soll.

Damit schloß die Aussprache. Der kommunistische Antrag auf Aushebung des Schlichtungswesens wurde abgelehnt, ebenso gegen Kommunisten und Nationalsozialisten der kommunistische Misstrauensantrag. Alle übrigen Anträge wurden dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Ohne Aussprache wurde dann in allen drei Sitzungen angenommen, daß deutsch-britisches Abkommen über den Rechtsverkehr, eine Ergänzung zum Daager familialrechtlichen Abkommen, das deutsch-niederländische Abkommen im Rheinschiffverkehr, in erster und zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die Vereinigung von Waldeck mit Preußen und der deutsch-amerikanische Schiedsschiedsvertrag. Das Übereinkommen über die Sklavenbefreiung ging ebenfalls an den Haushaltsausschuß überwiesen, die Anteilehenschrift ging ebenfalls an den Haushaltsausschuß.

Darauf verzog sich das Haus auf Donnerstag.

Die neuen Nobelpreisträger.

Der Chemiepreis für zwei deutsche Gelehrte.

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1927 dem Professor an der Universität München Heinrich Wieland und den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1928 dem Pro-



Prof. Windfuhr,

Prof. Wieland,

Göttingen. München.

fessor Adolf Windfuhr an der Universität Göttingen verliehen. Der Nobelpreis für Physik für das Jahr 1928 ist zurückgestellt worden. Herner hat die schwedische Akademie den Nobelpreis für Literatur für das Jahr 1927 dem Mitglied der Französischen Akademie Henri Louis Bergson und den Literatur-Nobelpreis für 1928 der norwegischen Dichterin Sigrid Undset zu erkannt.

Heinrich Wieland ist ordentlicher Professor für Chemie und Direktor des chemischen Staatslaboratoriums in München. Er gehört zu den bedeutendsten Vertretern der biologischen Chemie. Adolf Windfuhr, Ordinarius für Chemie in Göttingen, ist bekanntgeworden durch die Entdeckung des antirachitischen Vitamins. Henr

Yergason, in Paris geboren, ist der Vertreter einer "Philosophie des Lebens", die sich scharf gegen die naturwissenschaftlich-materialistische Weltanschauung wendet. Die Norwegerin Sigrid Undset ist als Dichterin bekannt geworden durch starke Schilderungen moderner Frauenschicksale in ihren Romanen.

Der Untergang der „Vestris“.

Die schwierigen Rettungsarbeiten.

In der Sonntagnacht wurden die Dampfschiffe auf dem westlichen Atlantik durch die S.O.S.-Rufe eines in Seenot befindlichen Schiffes alarmiert. Es handelt sich um den amerikanischen Dampfer "Vestris", der mit 216 Mann Besatzung und 140 Passagieren an Bord von New York nach Barbados und den Höhen Südamerikas unterwegs befandlich und in etwa 300 Meilen Entfernung von Hampton Roads in schwere Seenot gekommen war. Das Schiff war in einen Sturm geraten, in dessen Verlauf die schlecht gesetzte Ladung ins Aufsehen kam. Der Dampfer bekam ein großes Loch und sank schnell. Da er sehr bald starke Schlagseite hatte, mußten die Passagiere und Mannschaften in die Rettungsboote ausgeschifft werden. Alle in der Nähe befindlichen Schiffe, die den Hilferuf vernommen hatten, begaben sich sofort an die Unglücksstelle. Acht Dampfer, darunter der deutsche Dampfer "Berlin", waren so schnell als möglich an der radiotelegraphisch angegebenen Stelle eingetroffen, sandten aber zunächst keine Spur von dem Schiff oder von den Rettungsbooten. Erst nach längerem Suchen gelang es dem einen Hilfsschiff, ein Rettungsboot, das sich durch rote Leuchtzeichen bemerkbar gemacht hatte, mit den Insassen an Bord zu nehmen. Im Laufe des Dienstags ließen dann von anderen Schiffen die Meldungen ein, daß es ihnen gelungen sei, weitere Rettungsboote trotz des hohen Seeganges aufzunehmen.

Das Drama auf dem Meere.

Wie die "Vestris" unterging.

Nach den letzten Meldungen der an der Rettung der schwierigsten der "Vestris" beteiligten Schiffe ergibt es sich leider, daß die Zahl der noch Vermissten wesentlich größer ist, als bisher angenommen wurde. Nach einer Zusammenstellung der bis jetzt eingelaufenen Radionachrichten sind zusammen 211 Personen gerettet worden und

117 Personen werden jetzt noch vermisst.

Es besteht die schwache Hoffnung, daß einige von Ihnen von kleineren Schiffen, die keine Radioanlage haben, aufgenommen worden sind. Ein großer Teil aber wird sicher in den riesigen Wogen und bei dem herrschenden schweren Sturm umgekommen sein. Die Berichte der Retter und der Geretteten erzählen erschütternde Einzelheiten. Über das Schicksal des Kapitäns

der "Vestris" herrscht Ungewissheit. Einigen Nachrichten zufolge wurde er gerettet, während ein Mitglied des argentinischen Konsulats in New York, das selbst als einer der letzten von dem rasch sinkenden Dampfer abprang, ihn noch auf dem Brück gesehen haben will. Die Mehrzahl der Überlebenden landete in New York, wo sie von zahlreichen Ärzten und Krankenpflegern in Empfang genommen wurden. Unter den bisher Geretteten befinden sich angeblich 152 Männer, die zur Besatzung gehören. Sämtliche Geretteten sind Erwachsene.

Das Schicksal der 20 Kinder ist unbekannt.

Außerdem fehlten von 37 Frauen 27. Man glaubt, daß ein vollbesetztes Rettungsboot von der untergehenden "Vestris" mit in die Tiefe gerissen wurde. Ein weiterer Bericht besagt, daß

acht Boote und ein Rettungsschiff

von der "Vestris" losgekommen seien und ein Boot kenterte. Elf Tote dieses Bootes seien gesichtet worden. Das Rettungsschiff müsse infolge des schweren Seeganges entzweigetrieben sein. Die "Wyoming" erhielt daraufhin den Befehl, an der Unglücksstelle zu bleiben; die "Lois Angeles" soll aber nicht, wie beabsichtigt war, abgeschleppt werden.

Opfer der Liebe.

Roman von Otto Giese.

Copyright by Greiner & Co., Berlin W. 30.
Nachdruck und Uebertragung recht in fremde Sprachen vorbehoben. (Nachdruck verboten.)

27. Fortsetzung.

Was hatte das alles zu bedeuten? — Von Wittenberg gegen Ella war seine Seele weit entzweit, und doch konnte er den Zusammenhang nicht begreifen. Hatte Ella von seinem Besuch gewußt, weshalb beeilte sie sich dann nicht, ihn zu begleiten? Wenn sie noch eine Toilette gemacht hatte, konnte sie ihn doch bitten lassen, einige Minuten zu warten. Es hätte doch sehr lange nicht dauern können, da sie ja jetzt kaum einige Minuten nach jener Entfernung, in vollständiger Toilette sich zeigte.

Unmöglich hätte sie ihm doch harmlos und freundlich lächeln zugewinkt, wenn sie sich hätte verleugnen lassen. Tann würde sie sich doch überhaupt nicht am Fenster gezeigt haben.

Es war ihm ein Rätsel.

Weshalb verheimlichte man ihr seinen Besuch? Was sollte sie von ihm denken, daß er an ihrem Hause vorüberfuhr, ohne sich nach ihr zu erkundigen?

Weshalb täuschte ihn Frau Vogany? Weshalb belog sie ihn in solch auffallender Weise?

Die Ungarin war ihm von Anfang an unsumpatisch gewesen. Aber er sah sie als ein harmloses, eitles Geschöpf an, das sich nur für ihre eigene Person interessierte. Läßt sie gegen ihn intrigieren, konnte er nicht annehmen. Es mußte also irgend ein Jettum vorgefallen sein. Vielleicht hatte die Baronin angenommen, daß Ella ausgegangen sei. Vielleicht war Ella während seines Besuchs zurückgekommen, und das Stubenmädchen hatte versäumt, seine Unwesenheit zu melden.

Über ärgerlich war die ganze Geschichte doch.

Er würde sofort an Ella schreiben, dann würde sich ja alles auflösen.

Mit diesem Vorfall begab er sich nach seiner Wohnung

am Schiffbauerdamm zurück. Über dieselben Fragen, die ihn bewegten, berichteten auch Ella.

Als sie den Brief an Frau von Winnefeld beendigt, war sie an das Fenster getreten, und der Zufall wollte es, daß sie Henning noch im letzten Augenblick erkannte.

"Lente dir, Tante," jagte sie, in den Salon tretend, erfreut und doch ein wenig erstaunt, "ich habe Herrn von Winnefeld gesehen! er führt mit der Straßenbahn am Hause vorüber. Weshalb mag er nicht herausgekommen sein?"

Frau v. Vogany erschrak insgeheim. Der Zufall hatte ihr einen bösen Streich gespielt.

"Hat er dich gesehen?" fragte sie lauernd.

"Ja, er hat mich am Fenster stehen sehen und grüßte mich . . ."

"Hast du dich auch nicht geirrt, Kind?"

Ella lachte.

"Ich werde doch Henning kennen!" entgegnete sie.

Scheinbar erstaunt lag Frau v. Vogany sie an.

"Steht du so vertraut mit dem Herrn, daß du ihn bei seinem Vornamen nennst?"

"Der Name entfuhr mir — in Vantow nannten wir alle mit dem Vornamen."

"Ach, mein Kind," fuhr die Baronin ernst fort, "so muß ich das sagen, daß sich das für dich durchaus nicht lohnt! Du solltest doch zurückhaltender sein und nicht in dem Herzen eines jungen Herrn Hoffnungen erwecken, die du nicht erfüllen kannst."

"Aber Tante . . ." fuhr Ella erschrockt auf.

"Ich spreche in vollem Ernst, Kind, und bedaure, daß ich nicht schon früher gesprochen habe. Aber die Rückicht auf deinen Vater verschloß mich die Lippen. Ich glaubte auch, du würdest selbst so einsichtig sein und dich in dein bindendes Verhältnis einlassen. Gewarnt habe ich dich genug. Jetzt scheint es zu spät zu sein; um so schmerzlicher wird es dann für dich sein, wenn du den Verlehr mit Herrn von Winnefeld abbrechen mußt."

"Ich verstehe kein Wort Tante," sagte Ella erbleichend.

"So ist es endlich an der Zeit, dir die Augen zu öffnen," fuhr die Baronin streng und finstern fort. "Deine Blindheit ist allerdings erstaunlich. Hast du in der Tat

keinerlei Kenntnis von dem gehabt, was um dich hier im Hause und sonstwo vor sich geht? Hast du niemals darüber nachgedacht, aus welchen Quellen der Reichtum deines Vaters fließt? Wodurch all dieser Luxus, der dich umgibt, bezahlt wird?"

Sprachlos starrte Ella die Baronin an.

"Sey doch," sprach diese ernst. "Ich habe dir wichtige Eröffnungen zu machen, und du wirst dir dann selbst sagen, daß du sehr unvorsichtig gehandelt hast, als du dich mit Oberleutnant von Winnefeld einließest."

"Ich habe mir nichts vorzuwerfen, Tante," wehrte sich Ella mit zuckenden Lippen.

Frau von Vogany zuckte die Achseln.

"Ich du nicht weitergegangen bist, als gefellschaftlich erlaubt ist, nehmst du zu deiner Ehre an. Aber auch darin hättest du vorsichtiger sein sollen. Nicht wahr, du siebst Winnefeld?"

"Ja."

"Dann, dann mußt du auf deine Liebe verzichten. Um deines Vaters willen."

"Um deines Vaters willen."

"Mein Vater zieht mir in dieser Beziehung freundlich gespielt zu sein."

"Er ist vielleicht leicht genug, zu hoffen, alle Schwierigkeiten, die sich deiner Verbindung mit einem preußischen Offizier entgegenstellen, überwinden zu können. Aber er täuscht sich. Entweder kennt er selbst in das Verderben oder er steht Winnefeld in den Angruß."

"Tante!" schrie Ella entgeistert auf. "Das ist nicht wahr!"

"Gönntest du es ertragen," fuhr die Baronin mit kaltem Hohn fort, "wenn dein Vater durch deine Liebe auf Jahre hinaus

